

Linkes Blatt DIE LINKE.

8. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle (Saale)

7. September 2021

**Montag,
20. September
Halle**

Am Steintor, ab 17 Uhr
mit *Janine Wissler, Dietmar
Bartsch, Petra Sitte, Gregor Gysi*
u.v.m., Musik: Tobias Thiele

**Städtetour zur
Bundestagswahl
2021**

**Sozial gerecht.
Vor Ort.**

Jetzt!

DIE LINKE.

DIE LINKE auf der Straße: Zum Weltfriedenstag beim Hallianz-Spendenlauf!



Der erste September ist der Weltfriedenstag - er erinnert an die Verheerungen, Massenmorde und Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und mahnt daran, gegen jedes Anzeichen einer Wiederholung entschlossen zu kämpfen. Insbesondere in Europa wütete das selbsternannte Deutsche Reich, legte den Kontinent in Schutt und Asche, brachte unvorstellbare Grausamkeit über die Menschen in Osteuropa und ermordete sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Europa. Dieses Menschheitsverbrechen und der Weltkrieg insgesamt dürfen niemals in Vergessenheit



geraten.

Heute ist es Konsens, dass es keine Trennung zwischen NS-Antisemitismus und der Kriegsführung der Wehrmacht gab, vielmehr waren sie voneinander abhängig. Das verlangt von uns heute, umso genauer

hinzuschauen, wenn Wehrmachtsgeneräle in deutschen Kasernen verherrlicht werden, wenn die Stärke des deutschen Militärs gepriesen oder verlangt wird und wenn wieder eine rechtsextreme Zelle im Elite-



kommando aufgedeckt wurde und die Verantwortlichen in der Politik lieber vertuschen!

Es verlangt von uns heute auch, genau hinzusehen, wenn brutale Verbrechen verübt werden, wenn blutige Bürgerkriege ein Land wie Afghanistan zerfetzen und Terrorgruppen wie der IS oder die Taliban die Rechte von Minderheiten und Frauen angreifen und negieren wollen. Hier zu helfen heißt auch, dort nicht wegzusehen, alle gefährdeten Menschen aufzunehmen, unsere Verantwortung für die Ortskräfte wahrzunehmen und denjenigen zu danken, die beispiels-

weise die bisherige Evakuierung am Kabuler Flughafen möglich gemacht haben.

Lokal in Halle werden wir niemals die Möglichkeit haben, entscheidenden Einfluss auf Krieg und Frieden in der Welt zu nehmen. Als Stadtpartei wollen wir deshalb dort ansetzen, wo es möglich ist und sammeln zum Weltfriedenstag Spenden für den Hallianz-Fonds, der z.B. Bildungsarbeit unterstützt und ein zentraler Pfeiler dafür ist, dass Projekte, die sich gegen die extreme Rechte, gegen Gewalttätigkeit, religiösen Fundamentalismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit richten und dagegen aufklären, finanziert werden können. Deshalb ziehen wir an diesem wichtigen Tag gerne unsere Laufschuhe an und beteiligen uns am diesjährigen Hallianz-Spendenlauf mit dem Sponsoring unserer Bundestagsabgeordneten Petra Sitte!



Picknicken auf der Peißnitz - mit Petra Sitte und der LINKEN!

Es gibt viele verschiedene Wahlkampfformate.

Am 18. September wollen wir von 15 bis 17 Uhr ein ebenfalls bewährtes Format wieder nutzen. Deshalb laden wir euch zum **Wahlkampf-Picknick auf der Ziegelwiese** (Peißnitz-Insel) ein. Hier wollen wir als Genoss:innen gemütlich zusammensitzen, Mitgebrachtes verzehren und diskutieren, aber gleichzeitig auch für Passant:innen präsent sein und alle Hallenser:innen herzlich dazu einladen.

Damit das funktionieren kann, brauchen wir natürlich eure Hilfe. Merkt euch den Termin im Kalender vor, kommt vorbei und bringt gerne Essbares mit!

Wir freuen uns auf eure Rückmeldung - entweder per Mail an info@dielinke-halle.de oder telefonisch zu den Öffnungszeiten des Linken Ladens (Telefon: 0345 202 55 90).



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat September Geburtstag haben.**



Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
02.09.2021
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.10.2021

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

25. August 2021
03.2021

Afghanistan: Konsequenzen ziehen – Verantwortung übernehmen – Menschen retten!

Die LINKE hat den Afghanistan-Krieg immer abgelehnt. Leider zu recht: Zehntausende Afghanen und tausende NATO-Soldaten sind gestorben. Allein der Bundeswehreininsatz hat 12,5 Milliarden Euro gekostet. Doch nach 20 Jahren Intervention stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Die afghanische Republik ist Geschichte und das „Islamische Emirat Afghanistan“ der Taliban ist zurück. Waffen im Wert von hunderten Millionen Dollar sind in ihre Hände gefallen. Hunderttausende Menschen müssen fliehen und um ihr Leben bangen, darunter Ortskräfte der Bundeswehr, Mitarbeiter*innen von NGOs, Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen – und alle Mädchen und Frauen, ob sie nun zur Schule, zur Universität oder einfach arbeiten gehen.

Das Fiasko zeigt: Demokratie und Sicherheit lassen sich mit dem „War on Terror“ der NATO-Staaten nicht schaffen. Hinter den gut klingenden Zielen des Einmarsches in Afghanistan haben sich bornierte Interessen verborgen: an Rohstoffen, der Abschottung gegen Geflüchtete, der Konkurrenz mit Russland und China. Im Ergebnis fehlte das Geld dort, wo es dringend gebraucht wurde und wird: bei Investitionen in soziale Entwicklung und zivile Strukturen. Der Westen hat mit korrupten Warlords paktiert und auf Militär und Sicherheitsfirmen gesetzt. So hat die NATO-Politik zur weiteren Militarisierung geführt. Profitiert haben vor allem Militärapparate und Rüstungskonzerne – der Wert ihrer Aktien hat sich in den letzten 20 Jahren fast verzehnfacht. Mehr Sicherheit hat das nicht gebracht.

So verantwortungslos wie der Einsatz verlief auch der Abzug: Es gab weder eine Ausstiegsstrategie noch Notfallpläne für Evakuierungen. Am 23. Juni stimmte die Bundesregierung gegen LINKE und Grüne, die eine unbürokratische Evakuierung der Ortskräfte und anderer bedrohter Menschen forderten. Union und SPD haben – offenbar aus Angst vor rechter Stimmungsmache im Wahlkampf – die Aufnahme von Menschen bürokratisch sabotiert. Abschieben wollte man bis zuletzt, aufnehmen so spät wie möglich. Wenn die Regierungsparteien jetzt der LINKEN Unverantwortlichkeit vorwerfen, versuchen sie nur, von ihrer jahrelangen Verantwortung abzulenken.

Die LINKE fordert:

■ **Die Menschen retten – so schnell es geht und so viele wie möglich!**

Die LINKE steht für die **umfassende und schnelle Evakuierung aller gefährdeten Menschen aus Afghanistan**. Unsere Fraktion hat sich bei der Abstimmung mehrheitlich enthalten, weil der Kreis der Menschen, die in Sicherheit gebracht werden sollen, **viel zu eng ist**. Wir wollen, dass alle Ortskräfte und alle Menschenrechtsaktivist*innen gleichberechtigt gerettet werden. Wir fordern: Eine Luftbrücke um gefährdete Menschen und ihre Familien nach Deutschland zu holen. Schutz und Aufnahmeprogramme für alle Afghan*innen, die von den Taliban verfolgt werden. Direkte Aufnahme der Menschen durch die bereitstehenden Länder und Kommunen. Einrichtung von sicheren Fluchtwegen für alle Menschen, die das Land verlassen wollen. Dauerhafter Abschiebestopp und Bleiberecht für Afghan*innen in Deutschland.

■ **Konsequenzen ziehen: Schluss mit dem Geschäft mit Tod und Terror – Waffen-Exporte stoppen!**

Schluss mit **doppelten Standards!** Stichwortgeber und Finanziers der Fundamentalisten werden hochgerüstet werden, solange sie als Verbündete des Westens gelten. Allein die Bundesregierung hat seit Beginn des Militäreinsatzes den Export von **Rüstungsgütern** für mehr als 400 Millionen Euro nach Afghanistan genehmigt. Die letzten Ausfuhrerlaubnisse wurden in diesem Jahr erteilt. Und allein in den letzten 4 Jahren hat Deutschland dem Hauptsponsor der Taliban, dem pakistanischen Militär, deutsche Waffen für 300 Millionen Euro verkauft. Kein Wunder, dass diese nun massenhaft in Händen der Taliban sind. DIE LINKE fordert: Waffenexporte in den Vorderen und Mittleren Osten sofort zu stoppen! Nur so kann verhindert werden, dass noch mehr Waffen in die Hände von Fundamentalisten geraten und noch mehr Menschen in die Flucht getrieben werden.

■ **Verantwortung übernehmen: für einen sozialen Politikwechsel!**

Deutschland gibt inzwischen einen große-

ren Anteil seines Bruttonettoproduktes für Rüstung und Militär aus als die meisten Staaten dieser Welt. Diese Politik hat nicht mehr Sicherheit gebracht, sondern nur höhere Profite für Rüstungskonzerne. Doch die NATO will weiter aufrüsten. Schluss damit! Es braucht mehr soziale Gerechtigkeit weltweit statt Rüstungsexporte und Militäreinsätze. Die LINKE fordert einen **Untersuchungsausschuss** um die Verantwortung für das Scheitern zu klären. Die Interventionskriege der NATO müssen beendet werden! Wir wollen eine **andere Außen- und Sicherheitspolitik**: Weg vom Fokus auf Militär und Aufrüstung – hin zu Bekämpfung der Ursachen von Gewalt und Terror. Deswegen wollen wir massiv in Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie investieren. Das schafft wirklich mehr Sicherheit – für alle.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweiseführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

Aus der Stadtratssitzung am 21. Juli 2021

So kurz vor der Sommerpause gab es noch einmal eine gut gefüllte Stadtratssitzung.

Gleich zu Beginn wurde der Antrag der AfD zur Abwahl der Stadtratsvorsitzenden behandelt.

Die AfD-Fraktion warf Katja Müller vor, nicht sattelfest in der Geschäftsordnung zu sein und keine souveräne Amtsführung zu besitzen. Der Antrag ist aber gescheitert! 29 Stadträte lehnten den Antrag ab, 17 waren dafür. In der Diskussion im Vorfeld der Abstimmung haben sich unsere Fraktion und andere deutlich für Katja ausgesprochen und erklärt, dass Katja Müller nicht nur fachlich eine sehr gute und kompetente Besetzung für das Amt der Stadtratsvorsitzenden, sondern auch persönlich integer ist. In unserer Presseerklärung unterstrichen wir auch, dass „die haltlosen Vorwürfe der AfD keinerlei Substanz haben. Es geht dabei nicht um politische Lager, sondern um das Zusammenhalten von Demokrat:innen gegenüber der Denunzierung eines Gremiums und einer Einzelperson. Das hat auch die Debatte gezeigt, bei der die Antragsteller erneut durch absurde Verschwörungstheorien aufgefallen sind, die glücklicherweise von Mitgliedern verschiedenster Fraktionen widerlegt wurden.“

Weil es zu einigen Vorlagen doch noch Diskussionsbedarf in den Ausschüssen gab, wurden mehrere Vorlagen der Verwaltung von der Tagesordnung genommen und werden zu einem späteren Zeitpunkt behandelt. Dazu gehörte z.B. die Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates, der dritte Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Salle 9 2021-2024 oder der Variantenbeschluss zum Straßenausbau des Hallorenringes zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt.

Mit großer Mehrheit wurde dagegen im Stadtrat beschlossen, dass ein elektronisches Abstimmungssystem eingeführt wird. Auch die Beschlüsse zur Umsetzung des Investitionsprojektes Erschließung des Investitionsprojektes „Erschließung des Star Parks II im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen und des Investitionsprojektes „Entwicklung des RAW-Geländes“ wurden gefasst. Neben diesen „Leuchtturmprojekten“ im Zuge des Strukturwandels wurden auch noch kleinere Vorhaben, wie z.B. die Entwicklung des Orgacid-Geländes in Ammendorf als klima-

neutrales Gewerbegebiet, die Sanierung der Schwemme oder die Entwicklung des Sportkomplexes des SV Halle am Kreuzvorwerk beschlossen. Diese Projekte werden jetzt beim Land eingereicht. Im Zuge des Kohleausstiegs kann die Region Halle/Saalekreis mit ca. 680 Millionen Euro Fördermittel rechnen. Die Entscheidung, welche der eingereichten Projekte gefördert werden, fällt das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit seiner Investitionsbank. Die Stadt Halle wird dazu noch eine Prioritätenliste für die einzelnen Projekte erarbeiten.

Ebenfalls beschlossen wurden der Jahresabschluss 2020 des Zoos, verschiedene Genehmigungen für außerplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt und auch der Beschluss zur Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell. Um Neuansiedlungen im Bereich des Gewerbegebietes Ammendorf zu realisieren, soll eine Erschließungsstraße gebaut werden. Zwei Varianten gibt es, eine dritte Variante soll jetzt geprüft werden.

Beschlossen haben wir auch die Vorlage „Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020-2040 der Stadt Halle“. Der Bedarf an Wohneigentum, vor allem von jungen Familien, ist in Halle gegeben. Auch, um zu verhindern, dass junge Familien in das Umland ziehen, wurden verschiedene Gebiete in der Stadt Halle vorgeschlagen, wo es ein Baurecht geben kann (Bruckdorf-Nord) oder wo Wohnbauflächen für Eigenheimstandorte geprüft werden.

Unserem Antrag zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen wurde mehrheitlich zugestimmt. Damit sollen nun zur Beförderung von Briefpost etc. mehr Lastenfahräder genutzt werden. Eine Maßnahme zur Verbesserung des Klimas!

Der Antrag der Linken, Bündnis 90/ Die Grünen, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Ute Haupt

Der Frauenpolitische Runde Tisch stellt nach 30 Jahren seine (ihre) Arbeit ein

Diese Mitteilung haben wir am 31.08. per E-Mail erhalten. Viele Frauen aus unserer Partei haben sich beim Frauenpolitischen Runden Tisch vor allem in den 90er Jahren engagiert. Deshalb fanden wir es als Redaktion wichtig, euch diese Zeilen abzudrucken...

Liebe Interessierte,
zwei Jahre vor dem 30-jährigen Jubiläum sehen wir uns gezwungen, unsere Arbeit einzustellen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass unser politisches Wirken seit langem von nur wenigen Engagierten geleistet wird.

In den letzten Jahren sind einige Mitfrauen weggezogen bzw. haben sich privat oder beruflich neu orientiert. Gleichzeitig war es kaum möglich, neue Frauen für einen längeren Zeitraum zur Mitarbeit in unserem Gremium zu gewinnen.

Die Themen, die im Gründungsjahr 1993 aktuell waren, sind es leider immer noch. Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben zwar einige Fortschritte für Frauen und Mädchen gebracht, zugleich erleben wir auch immense Rückschritte und Defizite.

Hier nur einige Beispiele:

Ein erhöhtes Armutsrisiko für Alleinerziehende; zunehmende Altersarmut bei Frauen; wachsende Kinderarmut; zunehmende Gewalt gegenüber Frauen und Kindern sowie steigende Fälle von Femiziden. Auch die coronabedingten Lockdown-Maßnahmen haben einmal mehr die Probleme offen gelegt.

Auf Grund dieser Fakten müsste der Protest und der Druck auf politisch Verantwortliche unermesslich sein.

Selbstverständlich wissen wir, dass Frauen auf unterschiedliche Weise sehr engagiert sind, z.B. in verschiedenen Parteien - jedoch scheinen hier die Möglichkeiten zur Beseitigung der genannten Missstände sehr begrenzt, da vorgeblich wichtigere Themen das Handeln bestimmen.

Auch in anderen Gremien, Organisationen und Vereinen sind Frauen unermüdlich im Einsatz. Das ist absolut lobenswert, dennoch bleibt dort oftmals nur

wenig Raum für Themen der Gleichstellung. Die Frauenbewegung hat sich weitgehend auseinanderdividiert, v.a. wegen unterschiedlicher Standpunkte zum Feminismus-Verständnis sowie unterschiedlicher Haltungen bei gesellschaftlichen und frauenpolitischen Themen.

Auch in Konsequenz dieser Entwicklung sind die Rechte von Frauen und Mädchen in Politik und Gesellschaft meist hinten angestellt.

Von Beginn des Bestehens haben die Vertreterinnen des Frauenpolitischen Runden Tisches aktuelle Problemlagen in Sachen Gleichstellung aufgegriffen, mit unterschiedlichen Aktionen auf Ungerechtigkeiten hingewiesen und sind in ihrem Handeln stets für die Chancengleichheit von Frauen und Mädchen eingetreten.

Viele Aktionen fanden in Vernetzung mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Halle, dem Dornrosa e.V., dem Landesfrauenrat, der Rosa-Luxemburg-Stiftung u. a. Initiativen, Vereinen und Verbänden statt.

Alle Aktivitäten der letzten Jahre sind auf unserer Homepage (<http://www.frauenpolitik-halle.de>) einsehbar.

Die für dieses Jahr geplanten Aktionen werden nach Möglichkeit durchgeführt.

Unsere voraussichtlich letzte Sitzung findet am Mittwoch, 8. September 2021, 17 Uhr im Frauenzentrum Weibewirtschaft statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Mit feministischen Grüßen

Marion Tshipke, Elke Prinz, Christiane Straub
Sprecherinnen - Frauenpolitischer Runder Tisch in der Stadt Halle (Saale)

Das Klimacamp auf dem Hallmarkt - wichtig und bedroht!

Im August gab es zum zweiten Mal das „Klimacamp Ost“ auf dem Hallmarkt. Junge Aktivist:innen aus Sachsen-Anhalt schlugen hier für einige Wochen ihre Zelte auf, um auf die immer bedrohlicher werdende Klimakrise hinzuweisen. Sie nutzten ihren Urlaub, ihre Schul- oder Semesterferien, um rund um die Uhr Präsenz für einen radikalen - und d.h. gerade ausreichenden - Klimaschutz zu zeigen. Denn das, was die bestehende Politik zu bieten hat, reicht hinten und vorne nicht: Nur DIE LINKE will programmatisch das Klimaabkommen von Paris einhalten, alle anderen haben sich vom 1,5-Grad-Ziel mehr oder weniger offen verabschiedet. Aber es ging den Aktivist:innen nicht nur um symbolische Präsenz. Vielmehr organisierten sie nicht nur das Camp, sondern auch ein buntes Rahmenprogramm. In Vorträgen, Workshops und Sitzungen wurde über die Klimakrise informiert, es wurde diskutiert und versucht, gemeinsam Lösungen für die drängenden Probleme der Menschheit zu finden.

Leider hat jedoch der Hass, der der Klimabewegung vonseiten der extremen Rechten entgegenschlägt auch hier seine Wirkung gezeigt: Schon in den ersten Tagen wurde das Klimacamp bepöbelt, bedroht und angegriffen. Der Hass einiger mutmaßlich Rechtsextremer ging so weit, dass auch umstehende Passant:innen tätlich angegriffen wurden. Jede Thematisierung wissenschaftlicher Fakten, jede Forderung nach einem guten Leben in der Zukunft wird von Rechtsextremen zur Zumutung stilisiert und muss aus dieser ideologischen Perspektive zum Schweigen gebracht werden. Es war selbstverständlich, dass wir uns deshalb als Stadtvorstand mit dem Klimacamp solidarisiert haben. Eine Gelegenheit dazu gab es dann bei einer Demonstration gegen rechte Hetze und Gewalt, die das Camp selbst organisiert und auf der einige Genoss:innen präsent waren.

Letztendlich ist es eine unglaublich beeindruckende Leistung der Fridays-For-Future-Aktivist:innen, dass sie trotz aller Widerstände auf dem Hallmarkt ausgehalten haben. Denn neben den Faschist:innen auf der Straße haben auch die in den Gremien mitgehetzt. In diesem Sinne überschüttete die Stadtratsfraktion der AfD das Klimacamp ebenfalls mit Lügen und forderte vehement eine Räumung. Auch wenn diese Hetzer:innen sich damit nicht durchsetzen konnten,

bleibt die traurige Tatsache stehen, dass jede Form des Klimaaktivismus in Halle mit extremem Hass konfrontiert ist.

Deshalb ist es als LINKE - sei es als Partei, als Einzelperson, im Verein oder Verband - unsere Aufgabe, diese wichtige Aufklärungsarbeit zu unterstützen und in unsere tägliche Arbeit mit einfließen zu lassen. Die wichtige Arbeit der Aktivist:innen macht uns deutlich, wie gravierend die Klimakrise ist. Der Kampf für einen echten Klimaschutz ist ein zentraler Bestandteil jeder LINKEN Politik, die für soziale Gerechtigkeit sorgen will - denn für ein Leben ohne Not, ohne Sorge um das Notwendigste und ohne Gefahr für die eigene Existenz braucht es die sozial-ökologische Wende! (lw)

10 Cent pro Tag: Hartz IV-Erhöhung ab 2022 beleidigt Arbeitssuchende

Zur Absicht der Bundesregierung, ab 2022 die Hartz IV-Regelsätze um 3 Euro monatlich zu erhöhen, erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Jörg Schindler:

Mit dem Plan, die Hartz IV-Regelsätze um sage und schreibe 3 Euro monatlich, also 10 Cent täglich, zu erhöhen, beleidigt Sozialminister Heil Arbeitssuchende und ihre Familien.

Auch von dann 449 Euro kann man nicht in Würde leben. Dieser Betrag kommt allein durch Rechenricks zustande und hat nichts zu tun mit dem, was die Menschen wirklich brauchen.

Die Bundesregierung merkt offenbar gar nicht, wie absurd das ist. Oder, was noch schlimmer ist, sie will es nicht merken. Das ist schäbig und politisch unverantwortlich.

Die Linke will Hartz IV durch ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro ersetzen. Und bis das geschieht, sollte Hartz IV umgehend auf 658 Euro erhöht werden, plus Übernahme der Wohn- und Stromkosten. Dieser Betrag ergibt sich, wenn man in Rechnung stellt, wieviel Geld zu einem Leben in Würde wirklich notwendig ist.

Rote Socken gegen soziale Kälte - Die LINKE Halle strickt

Liebe Genoss*innen,
der Sommer neigt sich dem Ende und die Tage werden wieder kürzer. Was gibt es da schöneres als es sich mit einem Kaffee auf dem Sofa gemütlich zu machen und ein bisschen zu stricken oder zu häkeln. Denn nichts hält uns besser warm als ein wolliges Paar Socken oder eine dicke Mütze in den kalten Wintertagen, die bald wieder vor der Tür stehen.

Für viele unserer Mitmenschen ist das aber nur ein schöner Traum. Sie haben keinen festen Wohnsitz, können ihren Kindern keine warmen Handschuhe kaufen oder kommen als Geflüchtete nach Deutschland aus Kriegs- und Krisengebieten.

In der Weihnachtszeit wollen wir deshalb so viele gestrickte und gehäkelte Socken, Mützen, Schals und Handschuhe wie möglich an halleische Hilfsorganisationen spenden, um ein solidarisches Zeichen gegen die soziale Kälte zu setzen.

Bitte unterstützt uns hierbei und schwingt die Nadeln!

Vielleicht findet ihr euch in euren Basisorganisationen zusammen und bildet einen Strickzirkel? Oder ihr bringt die Stricknadeln mit zur nächsten Sitzung des Stadtrates, so wie ich? Oder ihr häkelt einfach zuhause auf der heimischen Couch.

Auch die Menschen, die nicht stricken, können sich an dieser tollen Aktion beteiligen: Spendet Wolle und gebt sie im Linken Laden ab. Ideal eignet sich Sockenwolle mit einer Lauflänge von 400m auf 100g (diese Information steht meistens auf dem Etikett), aber auch aus dickerem Garn kann man schöne Mützen und Schals zaubern. Fertige Strickstücke können im Linken Laden in der Leitergasse 4 abgegeben werden und wir informieren euch in den nächsten Wochen, an welche Organisationen wir die Ergebnisse unserer Handarbeit spenden werden. Wenn ihr Fragen, Ideen oder Anregungen zu unserer wolligen Aktion habt, wendet euch sehr gern an Steffi Mackies zum Beispiel über stefanie.mackies@web.de

Kubas Gesundheitswesen ist stark, aber nicht unverwundbar

Kuba kämpft gegen die Pandemie, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die verheerende US-Politik: Unter Ex-Präsident Trump wurde Kuba auf die US-Liste Terror unterstützender Staaten gesetzt. Damit ist Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr in US-Dollar ausgeschlossen – eine Strangulierung der gesamten Wirtschaft.

Kubas effektive Bekämpfung der Coronapandemie führt zu niedrigen Infektions- und Sterberaten, doch die wirtschaftliche Situation und die US-Sanktionen setzen die medizinische Versorgung massiv unter Druck. Spenden Sie für die Beschaffung von Verbrauchs- und Anästhesiematerial, Infusionspumpen sowie Ultraschall- und Röntengeräten!

**Helfen Sie Kubas
Gesundheitswesen,
Leben zu schützen!**

Spendenkonto

beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba sí:

IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10

BIC: BELA DEB XXX

Verwendungszweck: Kuba muss überleben/Gesundheitswesen



AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 00 94 55

E-Mail: berlin@cuba-si.org

Internet: www.cuba-si.org

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

9. August 2021
02.2021

DIE LINKE ist die Steuersenkungspartei für die Mehrheit! Die Faustregel ist: Wer weniger als 6.500 € brutto im Monat verdient, hat mit unserem Steuerkonzept mehr in der Tasche. Wer ein höheres Einkommen hat, zahlt dafür mehr Steuern. Das ist fair. Denn wer viel verdient, kann mehr beitragen.

Unsere Reform der Einkommensteuer ist aufkommensneutral. Sie soll nicht mehr Geld in die öffentlichen Haushalte bringen, sondern die Lasten gerecht verteilen.

■ Eine Krankenpflegerin, die von **3.500 € brutto** im Monat allein eine vierköpfige Familie ernährt, hat mit unserem Modell **4.500 € netto mehr** im Jahr.

■ Ein Facharbeiter in der Autoindustrie, der mit Wechselschichtzuschlägen auf rund **4.700 € brutto** kommt, und seine Frau, die in Teilzeit als Verkäuferin arbeitet, die mit zwei Kindern zusammen rund **6.250 € brutto** im Monat haben, haben **3.450 € netto mehr** im Jahr.

■ Ein Lehrerehepaar mit zwei Kindern, die zusammen **10.000 € brutto** verdienen, haben **3.515 € netto mehr** im Jahr.

■ Eine alleinerziehende Erzieherin mit einem Kind und **3.000 € brutto** sowie Unterhalt für das Kind hat **1.820 € netto mehr** im Jahr.

Dafür zahlt ein Spitzenverdienerpaar ohne Kinder, das zusammen **25.000 € brutto** im Monat bekommt (**300.000 €** im Jahr), nach unserem Modell **14.888 €** mehr Einkommensteuer im Jahr.

Unser Einkommensteuerkonzept sieht folgende Änderungen vor:

■ **Wir erhöhen den Steuerfreibetrag.** Davon profitiert auch die Mittelschicht, denn nur der darüber liegende Einkommensanteil wird besteuert. Bruttolöhne bis **1.567 €** im Monat wollen wir überhaupt nicht besteuern. Beschäftigte zahlen derzeit Einkommensteuer schon ab Bruttolöhnen über **1.125 €** im Monat. Das ist zu wenig zum Leben. Wir wollen, dass niemand weniger als **1.200 €** im Monat zur Verfügung hat. Deswegen wollen wir ein solidarisches Mindesteinkommen von **1.200 €** und den Steuerfreibetrag auf diese Höhe anheben. Da das Finanzamt für die

DIE LINKE Einkommensteuer.

Für alle, die viel leisten und wenig verdienen.

Berechnung des zu versteuernden Einkommens vom Bruttolohn Freibeträge wie der Arbeitnehmerpauschbetrag abzieht, entspricht unser geforderter Steuerfreibetrag von **14.400 €** im Jahr einem Bruttolohn von **1.567 €** im Monat. Derzeit liegt der Steuerfreibetrag bei **9.984 €** im Jahr.

■ **Wir erhöhen den Spitzensteuersatz (Höchstsatz der Einkommensteuer) wieder auf 53 Prozent.** Das war noch Mitte der 90er Jahre unter der CDU-Regierung selbstverständlich. Seitdem wurde der Spitzensteuersatz auf **42 Prozent** abgesenkt. DIE LINKE will, dass der Spitzensteuersatz dafür erst **ab 76.000 € brutto im Jahr** gilt. Das entspricht einem zu versteuernde Einkommen von **70.000 €** im Jahr. Derzeit greift der Spitzensteuersatz schon ab zu versteuernden Einkommen von **58.596 €** im Jahr und trifft auch mittlere Einkommen.

■ **Wir erhöhen die Reichensteuer.** Die Reichensteuer gibt es schon, die haben wir haben wir uns nicht ausgedacht. Der Steuersatz beträgt derzeit **45 Prozent** für zu versteuernde Einkommen über **278.000 €** im Jahr. Auf darüber hinausgehendes Einkommen müssen aktuell **45** statt nur **42 Prozent** Spitzensteuersatz gezahlt werden. Doch wer so viel Geld in einem Jahr verdient, kann deutlich mehr beitragen. Den Reichensteuersatz wollen wir deshalb erhöhen **auf 60 Prozent für Einkommen über 278.000 € und auf 75 Prozent für Einkommen über einer Million Euro im Jahr.** Es gibt in Deutschland fast **25 000** Einkommensmillionäre. Ihre Zahl ist seit der Finanzkrise um die Hälfte gestiegen.

■ **Kapitelerträge werden besteuert wie alle anderen Einkommen auch.** Es gibt keinen Grund Aktiengewinne geringer zu besteuern als Arbeitseinkommen. Die Abgeltungssteuer von **25 Prozent** schaffen wir deshalb ab. Der Sparerfreibetrag bleibt erhalten.

■ **Das Ehegattensplitting wandeln wir um in ein auf den Partner übertragbares steuerliches Existenzminimum.** Über die Freibeträge hinausgehende Einkommen werden individuell besteuert. Damit werden geringe und mittlere Einkommen weiter entlastet. Wir fördern gleichberechtigte Beziehungen. Und sehr hohe Einkommen können nicht mehr klein gerechnet werden.

■ **Wir schaffen eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder gleich gut absichert.** Dazu wird das Kindergeld für alle Kinder auf **328 €** im Monat erhöht. Kinder aus Familien mit wenig Geld erhalten zusätzlich einkommensabhängig einen Zuschlag von bis zu **332 €** im Monat. Damit ersetzen wir den bisherigen Kinderfreibetrag, der Kinder gutverdienender Eltern bevorzugt.

■ **Der Solidaritätszuschlag für die höchsten 10 Prozent der Einkommen bleibt erhalten.** Er ist die progressivste Steuer, die wir haben. Wer den Soli für die oberen 10 Prozent abschaffen will, macht Geschenke an Reiche auf Kosten aller.

Zusätzliche Investitionen finanzieren wir durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftssteuer, Erhöhung der Körperschaftssteuer, Reform der Gewerbesteuer und besseren Steuervollzug. Die Corona-Kosten decken wir durch eine Vermögensabgabe.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

Gedanken in der Martha-Brautzsch-Straße

Martha Brautzsch wurde am 17. 7. 1907 im halleschen Glaucha-Viertel geboren. In der Straße, die nach ihr benannt worden ist, in guter Nachbarschaft zu August-Bebel und seinem Platz, ehrten wir sie an ihrem 114. Geburtstag u. a. mit Texten aus ihrer Feder zur Gleichberechtigung der Frau und zur aktuellen Politik ihrer Zeit.

In einem Pressebeitrag, den Marianne Böttcher ausgegraben hat, sprach sie darüber, was das Brot, das wir essen, die Kinder einer Familie und die Aktions-einheit von Frauen mit Politik zu tun haben mit überzeugend einfachen, verständlichen Worten und anschaulichsten Beispielen.

Das beeindruckte mich sehr.

Nach einer Frauentagsfeier 1946 in Torgau wurden sie und ihr Fahrer von marodierenden Soldaten ausgeraubt und ermordet. Es stand ihr nicht auf die Stirn geschrieben, dass sie schon zu diesem Zeitpunkt ein tolles Beispiel fraulicher Progressivität war, d. h. sie wurde ein Opfer von Soldaten, die wie sie gegen

Hitlerfaschismus und Krieg gekämpft hatten. Dieser Mord führte mir mehr als nur deutlich vor Augen, welchen unheilvollen Widersinn ein Krieg als Folge haben kann.

Das ist bis heute nicht anders und der Kriege sind immer mehr vom Zaune gebrochen worden. „Verdammt!“, möchte man empört ausrufen, „lernt die Menschheit nicht dazu?“ Da braucht es die geschlossene Front der Friedenswilligen gegen profitable und menschenfeindlich Kriegslust und Krieg. Deshalb ist es so wohltuend zu wissen, dass unsere Partei am konsequentesten von allen Parteien dieses Landes gegen Rüstung (A-Waffenabzug aus Deutschland, Verbot bewaffneter Drohnen, Rüstungsexport-verbote) und Krieg (keine Bundeswehreinheiten im Ausland, eine Europäische Sicherheitsordnung unter Einbeziehung Russlands) aktiv war und wird. (Siehe Wahlprogramm!) Und deshalb sind wir auch so wählbar!

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Rezension

Andreas Altmann: Gebrauchsanweisung für Heimat. Piper Verlag München, 2021, ISBN 978-3-492-277433, 219 Seiten

Spätestens seit 2015 hat der Begriff Heimat eine Renaissance erfahren. Bis dahin wurde er eher stiefmütterlich behandelt, als angestaubt betrachtet; „Heimatforscher“ wurden in der Wissenschaftsgemeinde nicht so ganz ernst genommen, kaum jemand hätte sich geoutet einen „Heimatfilm“ gesehen zu haben.

Mit den einsetzenden Flucht- und Migrationsbewegungen änderte sich dies sehr schnell; allerdings wurde überwiegend „fremde Heimat“ zum Untersuchungsobjekt.

Andreas Altmann ist Reiseschriftsteller - insofern führen seine Texte hier auch überwiegend in andere Länder bzw. betrachtet er offensichtlich die ganze Welt als seine Heimat.

Eine Analyse zum Begriff gibt es bei ihm nicht, dies soll sich offensichtlich die Leserschaft selbst erarbeiten. Dazu nimmt er diese mit an zahlreiche Orte und zu

(häufig gescheiterten) Lieben. „Wenn man eine Liebe an die Wand fährt, findet man - hoffentlich - eine neue. So ähnlich sollte man beim Verlust der Heimat handeln ...“ (S. 11). Insofern lässt er uns teilhaben an seinen Reisen in Städte und auf Kontinente, und beschreibt jeweils „Augenblicke des Glücks“. Ist Heimat nur dort, wo Mensch glücklich ist? Leider stellt der Autor diese Frage in solcher Stringenz nicht. Unterschwellig thematisiert wird sie durchaus, wenn er sich z. B. mit Einsamkeit auseinandersetzt.

Dieses Offenlassen von Bewertungen bzw. das der Leserschaft zu überlassen ist typisch für die Texte (er will nicht philosophieren - S. 126) - insofern ist die Leserschaft selbst gefragt - dies mag für einige anstrengend sein, für andere ein Vergnügen. Ebenso muss Mensch sich einlassen können auf sprunghafte Beschreibungen seines Liebeslebens. Bonbon jedoch zumindest für weibliche Personen: „Heimat ist immer da, wo Frauen leben und ihre Nähe verschenken“ (S. 181).

Angehende Deutschland-Koalition schiebt Schulen aufs Abstellgleis

Nach Medienberichten sollen nach dem Wechsel von Eva Feußner auf den Ministersessel im Bildungsministerium ihre bisherigen Aufgaben als Staatssekretärin von Sebastian Putz übernommen werden.

Durch die Übernahme des Verkehrsministeriums durch die FDP muss Putz nun dort seinen Platz als Staatssekretär räumen. Zu dem Postengeschacher um die neue Hausspitze des Bildungsministeriums erklärt Thomas Lippmann, stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

„Für Sachsen-Anhalts CDU hat Fachkompetenz in den Schulbehörden offenbar keine Bedeutung. Mit dem Postengeschacher um Staatssekretär Putz setzt die CDU im Bildungsministerium fort, was sie im Landesschulamt nach dem Rauschmiss von Schulamtsdirektor Klieme und der Berufung des ehemaligen Polizeidirektors Gerhard Degner als Leiter dieser zweiten Schulbehörde bereits begonnen hat. Es geht der CDU immer nur um Parteiinteressen und die Versorgung teurer Beamter und nicht um die fachliche Arbeit, die geleistet werden muss.

Die CDU entkernt so die Schulbehörden vom Sachverstand!

Dass der Deutschland-Koalition die Schulbildung insgesamt ziemlich egal ist, zeigt sich letztlich im neuen Koalitionsvertrag.

Der Lehrkräftemangel als größte Herausforderung für das Schulsystem existiert dort als Problem und Aufgabe praktisch nicht mehr. Alle konkreten Ziele und Maßnahmen der alten Koalition zur Sicherung der Unterrichtsversorgung wurden komplett eliminiert. Stattdessen sollen Alibi-Projekte wie die ‚Talenteschulen‘ von der phantasielosen und unambitionierten Mangelverwaltung ablenken.

Dass sich seit Monaten praktisch nichts getan hat, um die Schulen für das neue Schuljahr pandemiefest zu machen, ist symptomatisch für die Schulpolitik unter CDU-Führung.

So werden die Schulen mit ihren wachsenden Problemen auf das Abstellgleis geschoben.“

DIE LINKE.

**Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt**

Termine

**Senioren-Cafe' am 29.09.2021, 14:30 Uhr im
Linken Laden**

**Thema: Rückblick auf unseren Wahlkampf und
Ergebnisse der Bundestagswahl 2021**

AG-Wirtschaft am 24.09.2021, 18 Uhr im Kleeblatt

Christopher-Street-Day am 11. September

12 Uhr Demonstration - Startpunkt Am Steintor

**14 Uhr Queer am Holzplatz - mit CSD-Politik-
Runde mit Petra Sitte ab 15 Uhr**

Drei Drosseln

Schnaps-, Sing- und Lachdrosseln
ist nur die Drossel gemein.

Die Schnapsdrossel

hockt einsam schnäpselnd daheim.

Die Singdrossel

singt im Garten heiter-witzig und fein.

Die Lachdrossel

hört beifällig lächelnd

in die Welt selten schöner Töne hinein.



*Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Landesverband Sachsen-Anhalt
(VVN-BdA e.V.)*

VVN-BdA e.V.
Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Willy-Brandt-Str. 57, 06110 Halle(Saale)

Halle, 23.08.2021

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,
anlässlich des diesjährigen internationalen

„Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“

lädt der Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Sachsen-Anhalt e.V., wie in jedem Jahr, zu einer Gedenkveranstaltung mit anschließender Kranzniederlegung ein.

Die Gedenkveranstaltung findet am **Sonntag, dem 12. September 2021, um 11.00 Uhr** auf dem Gertraudenfriedhof, an der Gedenkstätte für die im „**ROTEN OCHSEN**“ von der NS-Justiz Ermordeten statt.

Die ehrenden Worte der Erinnerung und Mahnung spricht Frau Kerstin Eisenreich, LTA der Partei DIE LINKE.

Mit dieser Gedenkveranstaltung gedenken wir aller Opfer der Nazibarbarei und bekunden unsere Bereitschaft gegen jegliche Form rechter Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zusammen zu stehen.

Treffpunkt der Teilnehmer:

10.45 Uhr am Haupteingang zum Gertraudenfriedhof, Landrain 25

Wir würden uns freuen, wenn Sie und weitere Bekannte und Freunde an dieser Gedenkveranstaltung teilnehmen würden.

Mit freundlichem Gruß

i. A. Dieter Heilmann
Dieter Heilmann
Geschäftsführer